

Halle und Umgebung.

Kartoffelaufnahme am 24. Februar 1916.

Halle, den 23. Februar 1916.
Die Bekanntmachung des Reichsanwalts über die Spelsskartoffelverfolgung im Frühjahr und Sommer 1916 vom 7. Febr. 1916 ordnet eine allgemeine Bestandsaufnahme der Kartoffeln an, die am 24. Februar 1916 stattfinden soll.
Es sind anzugeben alle Mengen von Kartoffeln im Stadtfreis Halle im Gewahrsam der Gemeinde, Händler, Verbraucher und der Vereinigungen von solchen. Außerdem sind zur Anzeige verpflichtet die Handel- und Gewerbetreibenden, die ihre gewerbliche Niederlassung im Kommunalverband haben in bezug auf diejenigen Mengen von Kartoffeln, die sie auf Grund rechtswidriger Lieferungsverträge zu fordern berechtigt sind und zu liefern verpflichtet sind. Die Aufnahme erstreckt sich schließlich auf alle Bestandshaltungen im Stadtfreis.

Mit der Durchführung der Erhebung sind Polizeibeamte beauftragt, durch die am 23. Februar 1916 ein Weckblatt zur Verteilung gelangt, auf dem die erforderlichen Angaben ordnungsgemäß von den Weckblattsichtigen einzutragen sind. Die Hälftblätter müssen ausgefüllt und unterschrieben vom 23. Februar 1916 an zur Abholung bereitgehalten werden.

Zum Überdies sind diese Anordnungen, insbesondere Verletzung der Weckblattsicht, falsche oder unvollständige Angaben werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Produzentenmarkt.

Durch glückliche Abschlüsse war es seinerzeit der Städtischen Teuerungskommission gelungen, einen großen Posten Reis einzukaufen, um für den Fall einer tatsächlichen Kartoffelnknappheit den Bedürfnissen der Bürgererschaft soweit wie eben möglich Rechnung zu tragen.

Die Turnhalle der Talamtstraße gleich heute einem großen Reislager: 400 Zentner Reis, äußerlich in Pfd.-pakete verpackt, nahmen den größeren Mittelraum ein, rund herum verbarrikadiert von Verkaufsständen, die wieder durch Barren, Sprungperle und andere Turngeräte miteinander verbunden waren. Ein genügend breiter Gang war für den Verkehr freigelassen. Der Verkauf war so geregelt, daß an 3 Tische von Fleischtischen für eine Familie bis zu 3 Köpfen 1 Pfund Reis zu 55 Pfg., bei mehr Köpfen bis zu 2 Pfund der frischen, gut aussehenden Ware abgegeben wurden. Gefreudigterweise bemerhte sich die seit den letzten Wochen eingeführte Markenkontrolle beim heutigen Reisverkauf noch besser als bei der Kartoffel- und Gemüße-Wage, was sich durch den auf einen Platz konzentrierten Verkauf wohl am leichtesten ergibt. In den ersten 4 Morgenstunden ist mehr als $\frac{1}{2}$ des gesamten Reisvorrates — genau 8071 Pfund — abgesetzt worden.

Da die Kartoffelzufuhren nur spärlich eintreffen, hat die Stadt vorerst geplant, nicht früher wieder Kartoffeln zu verkaufen, als bis den Anforderungen der wirklich benötigten Konsumenten genügt werden kann. Wann der nächste Kartoffelverkauf stattfindet, wird, sobald die Vorräte hinreichend ergänzt sind, bekannt gegeben werden. Dieser Fall dürfte Ende der Woche eintreten. Heute und auch morgen finden nur städtische Reiserkäufe statt. Im übrigen ist noch gesagt, daß sich der Verkehr auf dem Produzentenmarkt flott bewegte; ein stundenlanges Warten wie an den letzten Marktagen gab es einfach nicht. Gemüse fehlte vollständig.

An den Fleischverkaufsständen auf dem Hallmarkt waren ausländisches Schmalz, das Pfund zu 3,20 Mk., und Rindfleisch in Dosen — große zu 3 Mk., kleine zu 1,50 Mk. — zu haben. Schweinefleischkonserven wurden laut Angabe nur auf Fleischtischen auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof abgegeben.

Vorträge des Bundes zur Ernährung und Nahrung der deutschen Volkswirtschaft.

Donnerstag, den 24. Februar, spricht abends 8 1/2 Uhr in der Aula der Universität Herr Geheimrat Prof. Dr. Witt über die Nahrungsfrage. Es ist von der allergrößten Bedeutung, daß über diese Frageheit in die allerweitesten Kreise Kenntnis getragen wird. Se früher das Leben erkannt wird und zur Bewandlung kommt, um so ausgiebiger ist die Bewandlung. Das ungemein große Interesse, das den Vorträgen des Bundes von allen Seiten entgegengebracht wird und demse veranlaßt, um sich einen Platz zu sichern, mit Feldübungen besetzt zu erscheinen, hat veranlaßt, daß noch eine Anzahl ganz besonders wichtiger

Vorträge eingeschaltet worden ist. Es spricht: Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Prof. Dr. med. Schmidt über „Kriegsärztliche Leistungen zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Wehrmänner“. Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, Privatdozent Dr. Schürmann über „Tuberkulose und ihre Bekämpfung“. Montag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, Geheimrat Prof. Dr. Gertel über „Krankheitsverbreitung und Krankheitsanfang“. Donnerstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, Dr. phil. Max Kistner über „Die Bekämpfung unserer Lebensmittel und ihre Bekämpfung“. Montag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, Geheimrat Prof. Dr. G. Anton über „Gelstige Epidemien und die Psychologie der Masse“. Donnerstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, Dr. med. Strauch über „Der Arzt und die Berufswahl unserer Kinder“. Montag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, Prof. Dr. A. Schenk über „Die Kornkammer der Erde“. Donnerstag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, Dr. phil. A. Fodor über „Die Rolle der Chemie im praktischen Leben I“. Donnerstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, Dr. phil. Egon Schmal über „Die Rolle der Chemie im praktischen Leben II“. Alle Vorträge finden abends 8 1/2 Uhr statt, und zwar teils in der Aula, teils im Auditorium maximum der Universität. (Vergleiche das Programm.) Der Verkauf aller Vorträge ist für die Mitglieder des Bundes frei, für Nicht-Mitglieder kostet die ganze Reihe von Vorträgen 5 Mk., der einzelne Vortrag 10 Pfg. Mitgliedskarten sind ausschließlich zu haben auf der Geschäftsstelle des Bundes (Fogel, Zeit., Wadoburgstr. 21, Geschäftsstunden von 9-1 und von 3-6 Uhr) und ferner an der Abendkasse.

Das Gedenkblatt der Reichsbank

Fast klingt es wie ein allzu eintöniges Lied, wenn mit immer wieder kufen: „Das Gold zur Reichsbank!“ Und doch weiß jeder einseitige Volkswirt und Volkfreund, daß diese Forderung nicht zu verkommen braucht und nicht verkommen darf. Sie braucht nicht zu verkommen, weil noch immer Hunderte von Millionen Mark Gold in allen möglichen Schlupfwinkeln sich verbergen. Sie darf nicht verkommen, weil das in der Reichsbank zusammengefaßte Gold für unsere Wirtschaft schließlich unentbehrlich ist, möge es als Bedingung für den durch den Krieg gesteigerten Bedarf an Zahlungsmitteln oder zur Befähigung der vom Ausland bezogenen Güter dienen.

Mehr als 1200 Millionen Mark Gold sind dank dem patriotischen Empfinden der Bevölkerung jetzt dem Kriegs-



ausbruch zur Reichsbank geflossen und dort gegen Reichsbanknoten und andere Zahlungsmittel umgetauscht worden. Es ist daher erklärlich, daß die Herbeischaffung von Gold für die zahlreicheren Kreise, die sich freiwillig in den Dienst der Aufrüstung und Goldsammlung gestellt haben, mit der Zeit schwieriger geworden ist. Um nun die Währungsverwaltung, die heute mit der Goldsammlung verknüpft ist, auch äußerlich anzuerkennen, hat sich das Reichsbank-Direktorium entschlossen, Gedenkblätter auf Wunsch für solche Personen ausfertigen zu lassen, die der Reichsbank mindestens 200 Mark in Gold zuführen.

Das im Format eines Diploms gefaltene, vornehm ausgelegte und mit dem Reichsbank-Geschmückte Gedenkblatt wird von jeder Reichsbankanstalt ausgefertigt. Es ist jedoch nicht erforderlich, daß das Gold bei der Reichsbankanstalt selbst eingeschickt wird; die Gedenkblätter können vielmehr auch für solche Personen ausgefertigt werden, deren seitens öffentlicher Kassen aller Art, Poststellen, Sparkassen, Schulstellen, in beweiskräftiger Form bescheinigt worden ist, daß

sie nach dem 31. Januar den Betrag von mindestens 200 Mk. in Goldmünzen gegen Papiergeld umgetauscht haben. Dadurch können auch solche Goldbesitzer oder Goldhändler sich das Gedenkblatt erwerben, die an einem Orte wohnen, in dem sich keine Reichsbankanstalt befindet; in diesen Fällen genügt die Einbringung der von der öffentlichen Kasse erhaltenen Bescheinigung an die nächstgelegene Reichsbankanstalt.

Es ist zu hoffen, daß mit dem Gedenkblatt ein neuer Ansporn für jedermann geschaffen ist, an der Goldsammlung zum Heilen des Vaterlandes teilzunehmen.

Nahrungsmittelfeste

Wie nunmehr amtlich bekanntgegeben wird, werden zum Zwecke einer geregelten Verteilung von Nahrungsmitteln außer Brot an die Haushaltungen Nahrungsmittelfeste ausgeben. Die Ausgabe erfolgt durch die zuständigen Brotmarken-Ausgabestellen. Es werden zwei Arten von Festen ausgeben, in grüner Farbe für Haushaltungen mit einem Einkommen bis zu 2700 Mark, in gelber Farbe für die übrigen Haushaltungen. Als Ausweis zur Empfangnahme der grünen Feste dient bei einem Einkommen bis zu 2100 Mark die Fleischkarte und für Haushaltungen mit einem Einkommen von 2100 Mark bis zu 2700 Mark der Fleischschein und die letzte Steuerquittung. Die gelben Feste werden gegen Vorseign des Brotchein ausbezahlt.

Die Ausgabe der Feste beginnt am Freitag, den 25. Februar, und erfolgt nur gegenseitig mit der Ausgabe der Brotmarken.

Werden Kartoffeln zurückgehalten?

Zu diesem Thema geben folgende zwei Berichte eine Illustration. In der Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Meissen wurde dem „L. Z.“ folgende ausgeführt:

„Der Bezirk Meissen ist ein Ueberschußbezirk, der in Friedenszeiten große Mengen Kartoffeln ausführen konnte, jetzt aber für sich selbst nicht einmal genügend Kartoffeln hat. Den Aufkäufern ist es trotz Gewährung von Zulößungen in Höhe von 1,25 Mk. pro Zentner nicht gelungen, die erforderlichen 16 000 Zentner zu erhalten. Ganze 6000 Zentner bisher zu erlangen gewesen. Es wurde auch mitgeteilt, daß bei der Amtshauptmannschaft eine Ernte von etwa 1 400 000 Zentnern angemeldet worden ist, daß aber die Landwirte bis mit Ende Januar nur 205 000 Zentner abgegeben haben. Nach der Mitteilung des Amtshauptmanns „Der weitesten sich einzelne Landwirte unter allerlei Gründen, auch nur 10 Prozent ihrer Ernte abzugeben! Hier muß nun die Entscheidung vorgenommen werden, wobei dann aber nur 2,85 Mk. für den Zentner bezahlt würden.“

„Die ökonomischen Kreise aus Ostthür, der die Reichsinne der Großgrundbesitzer kennen dürfte, die er früher in einer Zufuhr an die landlichen Lokalblätter seine Kollegen ermahnt, keine Kartoffeln zurückzuhalten. In der Sitzung des Bezirksauschusses führte er u. a. aus, daß wohl wieder wie im Vorjahr im Monat Mai die Kartoffeln zum Vorsteigen kommen werden! Des weitern wandte er sich auch gegen die hohen Höchstpreise für Saatkartoffeln. Zur Durchführung der Entscheidung wurden weitere sechs Sachverständige bestimmt. Um den eigenen Bedarf des Landwirts festzustellen, nahm der Bezirksauschuss folgende Verbrauchsätze pro Tag und Kopf an: Für den Landwirt und Familie 2 1/2 Pfund, Gesinde 4 Pfund, ein Pferd 20 Pfund, ein Hund 10 Pfund und ein Schwein 10 Pfund Kartoffeln. Der Bedarf an Saatkartoffeln wird für den Hektar mit 48 Zentnern berechnet und die Verluste der Kartoffeln mit 5 Prozent im Monat.“

Weiter wird berichtet: In strengen Maßnahmen gegenüber den Landwirten, die ihre Kartoffelvorräte zwecks Erzielung höherer Preise zurückhalten, sieht sich der Landrat des Kreises Liegnitz veranlaßt. Er weist im Kreisblatt darauf hin, daß trotz der Erhöhung des Preises auf 4 Mark für den Zentner im Kreise Liegnitz nicht einmal so viel Kartoffeln zu erhalten sind, als zum Vorabden gebraucht werden. Er will noch in dieser Woche zur Beschaffung eine Menge der Kartoffeln beschreiben und kündigt an, daß bei Landwirten, bei denen, wie ihm bekannt, noch größere Kartoffelbestände vorhanden sind, eine Verfügung ausgeht, durch die ein entprechender Teil der Kartoffeln dem Kreise als Eigentum übertragen wird.

Verband der Garten- und Schrebervereine Halle. In der im St. Nikolaus abgehaltenen Versammlung wurde vom Vorbesitzer, Herrn Oberingenieur W. Inne, mitgeteilt, daß ein weiterer Verein dem Verbands beitreten sei. Darauf hielt Herr Oberingenieur Schneider, Vorbesitzer des Vereins zur Förderung des Gemüsebaues in Kleingärten, einen interessanten Vortrag über „Der praktische Gemüsebau“ mit besonderer Berücksichtigung der Gartenarbeiten im Februar, März und April. Dem Redner wurde Dank abgeleitet.

Damen-Kostüme nach Mass.

— Renommierter Zuschneider — Tüchtige Damenschneider — Prima Stoffe —

Mk. 80 — 90 — 100 — 110 — 120 — 130.

Endepols & Dunker

Halle a. S.

Grosse Ulrichstrasse 19 Ecke Bülbergasse.

Verände der Handwerker kommen gegen solche Mittel-
personen nicht auf. Ein großer Hebel war es, daß das
Handwerk bei Kriegsbeginn nicht so wenig organisiert war.
Engberätigt und ungeschultes weibliches
Frauen — verbindet den Zusammenhang in sich.
Wir wollen deshalb die Erziehung von Lieferungsverbänden
unterstützen. Für die von der Kommission vorgelegenen
Vorläufe sind dazu zwei Wege möglich: entweder Vorläufe
der Behörden bei Lieferungsanträgen oder Hilfsstellen, die
Vorläufe leiten. Dem Mangel an Kräften im
Handwerk sollte man auch dadurch begegnen, daß man die
Weiter, die nicht eingezogen sind, ruhig einen Lehrling
mehr annehmen ließe. Dem Antrag der Sozialdemokraten,
auch die Arbeiter in die Kartierung für die Handwerker noch
auch die Vertragsanträge aufzunehmen, können wir zu-
geben, wie die Vertragsanträge, wünschen wir auch die
Handwerksmeister behandelt zu sehen, die, ohne zum
Gesamtamt eingezogen zu sein, durch den Krieg ihre
Ergänzung zu erhalten haben, und haben einen entsprechenden
Untertrag eingebracht. Schon jetzt geht die Berufs-
beratung und das Umlernen in den verschiedenen Formen
vor sich. Für die Übergangszeit sollten die Bedingungen der
Weiterprüfung gemildert werden. Die ganze Nation
hat ein lebhaftes Interesse an dem Wohlbefinden
sein eines guten, leistungsfähigen Handwerks. Schon muß
3 Millionen Angehörigen ist es ein gut Teil des Mittel-
standes des Reiches des Staates und der Gemeinden.

Abg. Meiner (Soz.): Auf Kleingewerbe und
Mittelstand hat der Krieg gerade katastrophal
gewirkt. Die Witwenanträge werden auf, und an den
Kriegsleistungen hat es keinen entsprechenden Anteil ge-
habt. Die ganze wirtschaftliche Lage hat sich gegen 1913
nicht verbessert; so wird auch die Durchführung der Ar-
beitslosenversicherung nötig. Abgesehen, um
die Kleinrenten den bescheidenen Familien in
die Wirtschaft zu führen, sind schon jetzt viele. Be-
ziehungen in der Kommission über den Vorbehalt ge-
legener Stundung von Forderungen an Handwerksmeister
nach dem Kriege haben die große Schwierigkeit der Sache,
oder auch den Grundbesitz aus Sicht gestellt, vor allem die
leistungsfähigen Betriebe zu erhalten. In der
Gesellschaft angeordnet sein. Nach dem Kriege werden
vielleicht ungeheurer Wert sein. Selbstverständlich müssen die be-
schäftigungslos gewordenen Handwerker unterstützt werden.
Natürlich fordern wir das Beste auch für die Arbeiter. Die
Arbeitslosenversicherung ist ein wichtiges
Erwerbsmittel und wird nicht von der Tagesordnung
verschwinden, nachdem die Regierung sie in die Hand genommen
hat. Der Begrüßungsbericht war schon vor dem
Kriege sehr schwierig; die Regierung kann ihn doch
nicht durch Zwang fördern. Das Handwerk wird leichter
Begriffe erhalten, wenn sie Zeit und Gelegenheit haben,
sich schrittweise weiter fortzubilden. Gegenüber den
Lieferungsverbänden bin ich etwas skeptisch, be-
sonders beim Übergang, große
Mengenarbeiten werden die Unzufriedenheit steigern;
kann aber keine neue Arbeit schaffen, sondern nur die
Lieferungen besser verteilen. Nach dem Kriege wird die
Zahl der selbständigen Handwerker wachsen, andererseits
oder hat die Großindustrie sich auch handwerksmäßiger Ar-
beit bedient; mit ihnen müssen wir Fortschritten und
ihre Kapitel können die Verbände nicht konkurrieren.
Der Sohn, den die Schlichter erhalten auf dem he-
iligen Schlichterhof erhalten haben, hat mit der
Mittelversorgung nichts zu tun; die Stellen sind die so-
genannten Hauptkräfte die selbst Unternehmen sind und
Wachen haben. Ich würde mich nicht bis 30
Tausend bedient, aber ihren Stellen 16 bis 18
Tausend Stundenlohn gezahlt und an jedem Fund 12 bis
13 Tausend Reingehalt. In solchen Unternehmen
ist die Verteuerung des Fleisches zu
suchen. Ein Vorbehalt gegeben, daß zwischen den Schweine-
züchtern und dem Fleischhändler mindestens acht
Zwischenstationen liegen, die alle verbietet;
dieser ungeliebte Zwischenhandel verneint die Lebensmittel.
Zu dem Antrag auf Stilkung der Handwerker und Ge-
werbetreibenden hat der Minister erkrankliche Weise geteilt
ganz allgemein von „Kriegsbeschädigten“
enthalten, die beim Kriege Arbeiter nicht wieder Konkurrenz
machen und die Löhne drücken. Was nicht kann unsere
ganze Arbeit an den Kriegsbeschädigten? Die an die
Kriegsbeschädigten gemachten Zugaben der Zu-
dank werden dann in wenigen Jahren vergessen sein.
Mit dem Abg. Sommer halte ich auch für den Groß-
handel Höchstpreise für unbedingt erforderlich.
Nach den Arbeiterfrauen muß der Dank des
Volkes für ihre unermüdete Arbeit ausgebrochen werden.
Gerade diese Aufopferung der Frauen muß belohnt werden
durch eine erfolgreiche Fortsetzung der Sozialpolitik. (Beifall
bei den Soz.)

Stenografische Einlage zum Annehmen.
Die Abg. Sommer (Komm.) und Dr. Härtel (Natl.)
erklärten sich für die Aufhebung der Soz.
In der Abstimmung wurden die Kommissionsanträge
mit dem Antrag von Dr. Sommer und Frau von Ablehnung
des von der fortschrittlichen Volkspartei beantragten Zu-
lages angenommen.
Das Haus bereit weiter die Kommissionsanträge be-
treffend die Pressefreiheit, das Vereins- und
Versammlungsgesetz und die Friedensziele.
Nach ihnen soll die Staatsregierung dahin wirken, daß
1. fortan von den Militärbehörden die Pressefreiheit
und Vereins- und Versammlungsgesetz nur so weit beschränkt
werden, als dies im Interesse tieferer Kriegführung un-
bedingt geboten ist.
2. insbesondere die Erörterung der allgemeinen Mäch-
tinnen unserer Friedensziele konfliktfrei freigegeben wird.
3. die für die gleichmäßige Handhabung der Zensur ge-
schaffenen Einrichtungen wirksamer gestaltet werden,
4. wo von Militärbehörden eine Einschränkung auf die Hand-
habung der Zensur gebot wird, dafür, wie von dem Minister
des Innern, von den sonst zuständigen Zentralbehörden die
Zeremonie übernehmen wird.

Verleitet hat Abg. Fehr. v. Jedlich (Freisinn.): In
der Kommission herrschte vollkommenes Einverständnis
darüber, daß eine Änderung der Vorschriften, betreffend den
Zensurzustand
nicht während des Krieges, sondern so wie Artikel 68 der
Weisungsverfassung lie, vorerst, erst nach Friedensschluss
erfolgen kann. Die überwiegende Mehrheit der Kommission
war ferner auch der Ansicht, daß, solange Krieg ist, der Ze-
lagersatz nicht aufgehoben werden kann; ein ab-
weichender Antrag erhielt nur die Stimme des Antrag-
stellers selbst. Nach der Entscheidung des obersten Gerichts-
hofes sind Militärbehörden im Sinne dieses Gesetzes allein
die Kommandierenden Generale und Platzkommandanten
als Inhaber der vollstehenden Gewalt sind die Militär-
behörden an die Gesetz- und rechtsfähigen Verbänden
ebenso gebunden, wie die Militärbehörden, nur bei Ver-
boten im Interesse der öffentlichen Sicherheit sind sie un-
beschränkt. Zutreffend ist die Handhabung des Belagerungs-
zustandes durch die Militärbehörden, zu besonderen Be-
schwerden nicht mehr Anlaß gegeben, vielfach ist sogar die
Schnelligkeit und Bestimmtheit der militärischen Anordnungen
in der Bevölkerung als angenehm empfunden worden,
so die Beschränkung der Versammlung in Berlin, und man
hat gewisse Anordnungen sogar als nützlich für die kom-
mende Friedenszeit angesehen. Schwere und zahlreicher
sind die Beschwerden gegen die

Beschränkung der freien Meinungsäußerung
in Wort und Schrift. Die Versammlungsfreiheit
ist übermäßig eingeschränkt worden dadurch, daß bestimmte
Redner und bestimmte Thematika in öffentlichen Versam-
mlungen nicht gebildet und Versammlungen aufgelöst wurden,
wenn die Frage der Kriegsziele oder Ähnliches auch nur ge-
streift wurde. Neuerdings müssen nicht öffentliche Ver-
sammlungen mit beschränkter Teilnehmerzahl polizeilich an-
gemeldet werden; die Redner sollen benannt, die Reden
vorher zur Zensur vorgelegt und zu gehalten werden, wie
die Zensur sie genehmigt hat. In der Kommission meinte
man, daß dies zu weit gehe, und daß man die Versam-
lungsfreiheit nicht so weit beschränken sollte, daß die
siegereiche Kriegführung erdrosselt ist. Nach schwerer und
zahlreicher waren die Beschwerden über
die Zensurgesetze, und das Verbot von Zeitungen,
namentlich die Wendenblätter, und das Verbot von Zeitungen.
Die Zensur ist nicht gelindert, sondern immer härter
geworden, die Pressefreiheit immer mehr eingeschränkt. Im
Verlaufe der Zeit wurde, daß die Wendenblätter
sich auf militärische Angelegenheiten beschränken sollte, tat-
sächlich hat sie sich aber immer mehr auf rein politi-
sche Angelegenheiten erstreckt. Durch die verschiedenen
Anfichten der Zensurbehörden, was militärisch und was rein
politisch ist, ist eine große Rechtsunsicherheit entstanden.
Durch das Verbot von Zeitungen auf längere und längere
Zeit sind diese materiell geschädigt worden, namentlich ein
heiliges Blatt. Wiederholungen solcher Verbot erließen
zu der Erziehung der Zeitungen. Diese Strafe ist un-
schwerer, wenn vor ihrer Verkündung die betreffende
Zeitung nicht einmal gehört wird. Weiter war es vor
Jahresfrist allgemeine Meinung des Hauses, daß
die Erörterung der Kriegsziele
noch nicht freigegeben werden könne, aber so zeitig freige-
geben werden müßte, daß die Auffassung des Volkes sich
noch bei den Friedensverhandlungen geltend machen könne.
Selbst bei jeder Erörterung der Kriegsziele in der Tages-
presse völlig ausgeschlossen. Jetzt hätte man in der Kom-
mission von einer Seite den Zeitpunkt für gekommen, die
Erörterung freizugeben, wenn man nicht Gefahr laufen
wolle, vor vollendeten Laufen zu stehen, ehe die Volks-
meinung sich äußere, welche möglicherweise sehr
Erde entgegenstehe. Auch meine man, zu unterm Volk
das Vertrauen haben zu können, daß es sich in den richtigen
Grenzen der Erörterung halten werde. Deshalb wurde be-
antragt,

wenigstens die Richtlinien der Kriegsziele
zur Erörterung freizugeben. Von anderer Seite wurde
ausgeführt, daß die Kriegslage noch nicht so weit gebieken
sei und daß Meinungsverschiedenheiten in der Bevölkerung
hervortreten könnten, die im Ausland den Eindruck der
Zweifelhaftigkeit erwecken würden. So wurde beantragt, in
der Resolution von 2 hinter dem Worte „unlängst“ noch das
Wort „daß“ einzufügen. Der Minister des Innern wies
darauf hin, daß das deutsche Volk wenig politisch sei, daß
deshalb keine Gelegenheit herzu kommen, und daß
das Ausland die Erörterung der Friedensziele für den
Verstand eines Friedensbedürfnisses halten würde. Gegen-
über diesen Ausführungen des Ministers meinte man aber,
daß in der großen Zeit unser Volk politisch ausgereift sei;
Meinungen, wie die des „Neuen Vaterlandes“, würden auch
im Ausland als unbedenklich angesehen werden. Deshalb
wurde der Antrag, „daß“ einzufügen, abgelehnt. Sodann
wurde über
die ungleichmäßige Handhabung der Zensur
gefaßt. In Preußen und Schlesien besteht keinerlei Be-
schwerde, in anderen Provinzen ist die Zensur außerordent-
lich streng. Im Bereich des XVIII. Armeekorps wurden ganz
harmlose Druckladen verboten, z. B. ein Gebieth, das an die
Sechshundert 1871 anfiel. In der Kommission wurden
zahlreiche Beispiele für die bessere Schärfe der Zensur
gegen rechtsprechende Ämter angeführt, während die be-
lebende Presse, z. B. das Berliner Tageblatt, (hört, hört!),
sich größerer Freiheit erfreue. Über
die Pressekonferenz im Reichstag
sind die Meinungen in der Presse nicht ganz einig, die Ver-
treter sowohl der Reichsregierung als auch der Berliner
Organisation der Presse halten sie für völlig berechtigt, auch
wurde angeführt, daß vertrauliche Mitteilungen aus der
Pressekonferenz in die breite Öffentlichkeit und sogar zur
Kenntnis unserer Gegner gelangt sind; die Denkschrift über
den neuen Handelskrieg ist acht Tage vor der Veröffent-
lichung vertraulich mitgeteilt und gleichwohl von
einem Teilnehmer sofort dem amerikanischen Bot-
schafter mitgeteilt worden. Die vorerwähnte Vertretung
der Presse hat nach Möglichkeit auf gleichmäßige Handhabung
der Zensur hingewirkt, aber der Erfolg war nicht groß, weil
das Kriegspresserecht

nur beratende Stimme hat und keine Anordnungen treffen
kann. Aber eine Juristerei, die auch den Kommandierenden
Generalen Anmerkungen geben könnte, ist schwer zu haben.
Das meinte auch der Minister des Innern, daß der Be-
stehende hier Stelle eine genügende Autorität gegenüber
den Kommandierenden Generälen haben müßte. Aber an-
geht es des erfinden Bieles darf man sich an dieser Schwie-
rigkeit nicht stoßen. Auch die Regierung müßte an der Ab-
stellung der berechtigten Beschwerden Interesse haben, denn
je mehr sie unerledigt bleiben, umso geringer werden durch
Reichsgesetz die Vollmachten der Militärbehörden gezogen

werden. Die Instruktionen zur Handhabung der Zensur
sind durchaus fadensüßig, aber auch die verschiedenen Zentral-
stellen des Reiches wirken mit. Man nennt das
Dosenfleisch.

In der Kommission sind Schriftsätze vorgelegt worden,
aus denen neben dem Überkommen in den Marken das
Kriegsrecht und das Weisungsgesetz entscheidend ein-
gewirkt haben, und zwar regelmäßig in einschränkendem
Sinne. Zeile ist der Reichstag verantwortlich. (Sehr
richtig!) um mich vor dem Reichstag Rede halten, das ent-
spricht gänzlich dem deutschen Staatsrecht. Zu dem
Presseverbot des Ministers des Innern
vom 15. April 1915 ist von der Regierung erklärt worden,
daß nicht die Militär vorgelegen habe, die freie Meinungs-
äußerung zu beeinträchtigen, sondern daß lediglich Wünschen
und Ansichten der Regierung auch der freien Presse, be-
sonders auf dem Lande, zugänglich gemacht werden sollten.
In der Kommission wurde aber gemeint, daß die Meinung
der Regierung als solche in die Entscheidung treten sollte.
Besonders ist die Behandlung der Presse und der freien
Meinungsäußerung in Wort und Schrift durch die Regie-
rung kann vereinbar mit den Grundgesetzen über die
Größe und herrliche Entwicklung unseres Vaterlandes, die
uns in den Stand gesetzt hat, einen höchstnützlich stiftlichen
Kampf zu erreichen und einer Welt in Waffen Widerstand
zu leisten. Stellt man dem Volk ein solches Zeugnis aus,
dann soll man die freie Meinungsäußerung achten; das
Volk wird dieses Vertrauen rechtfertigen. (Beifall bei
den Soz.)

Ein Antrag Braun und Genssen (Soz.) wurde
eingebracht auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der
Zensur.
Abg. Stull (Zentr.): Wenn auch der Belagerungszustand
nicht aufgehoben werden darf, solange wir
uns in diesen schweren Kriege befinden, so sind doch die
Vielfachen Klagen über die Zensur bedauerlich, die immer
mehr politisch wird; gerade das Kriegs-Berichtswesen
das Bedauern, das Gebiet der Zensur zu erweitern. Das
widerstreicht dem Verbot des Reichsgerichts, daß nur
militärische Gesichtspunkte maßgebend sein sollen; die Zen-
surstelle muß die Gleichmäßigkeit durchsetzen. Zu unterm
schweren Kampf muß die Einheit und der Beigriebe
erhalten werden, dazu muß auch die Zensur beitragen. Sin-
gültigkeit des Erlasses des Ministers des Innern halten wir
es für unklar, gerade die finanziell unwürdigen Zeitungen
zu zwingen, die Produkte der Regierungs-Redaktionsläufe
aufzunehmen. Wir müssen befürchten, daß derartige Be-
schlüssen auch bei der Behandlung von. Dagegen könnte
die Zensur gegenüber der Schulbibliothek aller Zweige
und Grade härter gehandhabt werden zur Erhaltung der
Gesundheit und der geistigen Kraft des Volkes, die uns zum
Siege führen wird. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Loebell: Auf die letzten be-
achtenswerten Ausführungen des Vorredners werde ich viel-
leicht beim Etat des Ministeriums des Innern eingehen
können. Wir sind alle darüber einig, daß der Ze-
lagersatz zu hand trotz der Stimmung des öffent-
lichen Lebens durch ihn aufrecht erhalten werden muß. Un-
zuerkennen ist es, daß die Bevölkerung neben anderen
Anforderungen die Beschränkung der politischen Freiheit
auch still genossen hat. Der Anerkennung für das stille
Selbstamt unserer Frauen kann ich mich nur voll und ganz
anschließen, auch der Arbeiterfrauen, wie der Abgeordnete
Meiner lie gelehrt hat. Die Klagen über den Belagerungs-
zustand richten sich mehr oder weniger gegen die Presse-
freiheit, welche einem Lebensinteresse weiter streite wider-
spricht, besonders in dieser entsehrlichenen Zeit. Trotz
der unmittelbaren Tätigkeit der Militärbehörden sind Gärten
im persönlichen Interesse unvermeidlich, und Militär-
sachen stets vorhanden, da die betreffenden Organe sich
in ein ganz neues Verhältnis setzen müssen und da
eine Zentralisation nicht möglich ist. Zu meinen Presse-
lassen und zur Erörterung der Kriegsziele kann ich nur
das in der Kommission Besagte wiederholen. Die Erörterung
unserer Kriegsziele ist noch nicht angebracht; noch gehen die
Meinungen über die Gestaltung unserer Zukunft ausein-
ander. Auch die Richtlinien sind trotz unserer gewaltigen
Erfolge nicht so klar, daß wir zu einer Ausdrande
kommen könnten. Die Handhabung der Zensur liegt in der
Hand der Militärbehörden. Die Militärbehörden haben nur
eine vermittelnde Tätigkeit. So das Kriegspresserecht eine
erzuchtig Gewalt erhält, kann nur die militärische Autorität
entschieden. Durch die Zentralisation der Zensur
sollen die örtlichen Verhältnisse besser berücksichtigt werden.
Mit den Resolutionen der Kommission kann ich mich im
Besonderen einverstanden erklären. In meinem Erlass
vom 9. Februar habe ich darauf hingewiesen, daß bei der
Handhabung der Zensur durch Militärbehörden nicht nach
kleinlichen Gesichtspunkten verfahren werden und nur soweit
eingegriffen werden soll, als wichtige landliche Interessen
berührt werden, z. B. bei Erörterungen über die Volkser-
nährung. Zu begründen ist es, daß Kriegspresserechts-
heiten in der Presse nicht mehr in geschäftlicher Zone aus-
geübt werden. Es kann unserer Verantwortung, die einen
schweren Beruf haben, das Zeugnis nicht verweigern, daß sie
eifrig und ernst bemüht gewesen sind, den Geist der Ein-
gkeit auch bei politischen Meinungsverschiedenheiten hochzu-
halten. Es wäre wünschenswert, wenn diese Form des po-
litischen Kampfes Allgemein und dauernder Gewinn
dieses Krieges wäre. Die deutsche Presse hat in der Zu-
kunft die hohe und schwere Aufgabe, dem deutschen Vater-
lande und dem Auslande ein Bild deutscher Arbeit zu geben,
und zu zeigen, daß Deutschland fester gerüstet ist, denn irgend-
ein anderer Staat. (Beifall.)

Abg. Erber (Soz.): In der Ausführung des Presse-
gesetzes des Ministers des Innern werden wir uns mit aller
Gewalt widersetzen. Von den Vorrednern des Ministers
erwarten wir nichts; wir werden nach dem Kriege schwere
politische und soziale Kämpfe haben. Wir protestieren auch
gegen die vom Abgeordneten Stull geforderte Ausdehnung
der Zensur auf Literatur und Kunst. Die Kommandieren-
den Generale lassen sich bei ihren Verfügungen ganz von
absolutistischen Ideen leiten. Nichts ist im Lande geblieben,
was die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes rech-
tfertigen könnte. Die Zensurverhältnisse werden immer
schlimmer. Den Sozialdemokraten soll nicht gestattet sein,
ihre Belästigung zu vertreten. Besonders ist es unerbötlich,
daß uns hier die Erörterung der Kriegsziele abschnitten
wird, während sich draußen im Lande eine Propaganda-
gesellschaft gebildet hat, die diese Ziele ausbreitet er-
örtert.

Die Debatte wurde abgebrochen.
Das Elternhausgesetz wurde ohne Debatte der
Staatshaushaltskommission überwiesen.
Weiterberatung und Etat des Ministeriums des Innern
Mittwoch 11 Uhr vormittags.
Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Devisenkurse.

Die heutigen Notierungen für teils graphische Kurvenabläufe stellen sich an den heutigen Börsen in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mainz wie folgt:

	Heute	Heute	Heute	Voriger Tag	Voriger Tag
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld
New York	1 Doll.	539	541	539	541
Holland	100 fl.	235 1/2	236 1/2	235 1/2	236 1/2
Dänemark	100 Kr.	154 1/2	154 1/2	154 1/2	154 1/2
Schweden	100 Kr.	154 1/2	154 1/2	154 1/2	154 1/2
Norwegen	100 Kr.	154 1/2	154 1/2	154 1/2	154 1/2
Schweiz	100 Fr.	104 1/2	105 1/2	104 1/2	105 1/2
Wien	100 K.	65.70	65.80	65.95	66.55
London	100 £	85.25	85.75	85	85 1/2
Rumänien	100 Lei	77	78	77	78
Polen	100 Zloty				

Delmenhorster Wollefabrik (Ankermark) zu Delmenhorst.
Der Aufsichtsrat beschloß, eine Dividende von 14 Prozent (wie im Vorjahr) vorzuschlagen.

Erbschaft, Alt-Gel., in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1914/15 die Verteilung einer Dividende von 24 Prozent (l. B. 23 Proz.) vorzuschlagen.

Die Zentralbeizungswerke Hannover, Alt-Gel. schlagen für 1915/16 Prozent (wegen im Vorjahr 5 Prozent) Dividende vor.

Zu der Aufsichtsratsitzung der Mitteldeutschen Kreditbank wird beschlossen, der auf den 22. März d. J. einberufenen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 1/2 Proz. (wie im Vorjahr) vorzuschlagen.

Garnbörsen zu Leipzig. Die nächste Garnbörsen findet am Freitag, den 10. März 1916, im Saale der Produktivbörsen (Leipziger Börse) in Leipzig statt. Die Börsen werden von 10 bis 12 Uhr in der üblichen Zeit von 1/2 bis 1 Uhr und von 5 bis 6 Uhr stattfinden. Auch für diese Garnbörsen wird die Handelstammer Leipzig eine Zustunftsliste über Spinnewerke, sowie über die Beschäftigung von Ausstellungen für den Wert, Marine und Selbstwert und von Web-, Wirt- und Strickwaren erziehen.

Mitteldeutsche Textilfabrik und Wolle in Berlin. Die Verwaltung schlägt 8 (l. B. 5) Prozent Dividende vor.

Die A. Wolf Alt-Gel. Maschinenfabrik in Magdeburg-Buckau hat unter Mitwirkung der Mitteldeutschen Privatbank die angelegte Fabrik in Magdeburg-Buckau fertiggestellt. Der Bau von Lokomotiven der Staatsbahnen wird in ununterbrochener Weise als Abteilung Bogans von A. Wolf A.-G. weitergeführt.

Sieck, Kauten und Meißner, Alt-Gel. in Hohenstadt und Berlin. Die Abschlußrechnung für 1915 (die Dividende ist, wie erinnerlich, mit 18 gegen 8 Proz. vorzuschlagen) haben wir bereits mitgeteilt. Aus dem Redaktionsbericht sind folgende Ausführungen der Verwaltung hervorzuheben: Das Unternehmen war während des ganzen Jahres voll beschäftigt und konnte trotz aller Schwierigkeiten seine Leistungen von Monat zu Monat erhöhen. Dies lag insofern vorwiegend auf dem Gebiete der Beschaffung des Materials für die Fabrikation nötigen Rohstoffe. Auch in der Arbeiterfrage konnte man sich den anormalen Verhältnissen anpassen. Wenn auch die Werte seit langen Jahren bezw. bezw. Erweiterungen getroffen haben, um allen Bedürfnissen gerecht werden zu können, so war doch die höchste Anspannung nötig, um eine so reichlich gesteigerte Produktion zu leisten. Das Konkurrenzverhältnis konnte bei Kriegsbeginn nur in geringem Umfange auf dem Gebiete seiner Friedensarbeit tätig sein, doch verstand es auch dieses Unternehmen, sich den veränderten Verhältnissen, insbesondere durch Schaffung eines umfangreichen Schmeltzbetriebes, anzupassen. Das neue Geschäftsjahr beginnt die Gesellschaft bereits vorerriet, doch ist der Aufsichtsrat noch auf bisheriger Grundlage weiter arbeiten kann. Gleichwohl fällt es der Verwaltung schwer, sich über die Zukunft zu äußern. Die starke Abnutzung der Anlagen hat ungenügende Abschreibungen zur Folge gemacht. Ueberdies steht die Direction vor der Notwendigkeit, für die zukünftige Friedensperiode nicht unbedeutende Investitionen für die Werke zu machen, und die Umgestaltung nach bisheriger Grundlage derart weiter auszuführen. Die Verwaltung hofft jedoch zuverlässig, auf Grund der alten Erfahrungen in der früheren großen Produktion von Friedensfabrikaten, die Umstellung in sicherer Weise vornehmen zu können, und erwartet, falls sich nichts Unvorhersehbares ereignet, auch im neuen Geschäftsjahr ein recht befriedigendes Ergebnis ausweisen zu können.

Kammgarnspinnerei Wernsdorfer, Alt-Gel. Wie uns die Privatbank meldet, schlägt der Aufsichtsrat der auf den 18. März einberufenen Generalversammlung auf die Gesamtsumme 10, auf die Vorkursgefallen 11 Prozent Dividende vor.

Wasserstände.

(+ bedeutet über - unter Null.)

Staat und Uferort.	22. Febr. +	21. Febr. +	20. Febr. +	19. Febr. +
Alten				
Rebra Oberpegel	+2.92	+3.04	12	12
Unterpegel	+2.86	+2.98	12	12
Weselsdorf Oberpegel	+2.96	+3.02	6	6
Unterpegel	+2.36	+2.60	21	21
Tröbitz	+3.84	+4.02	18	18
Wilsdorf Oberpegel	+3.08	+3.10	2	2
Unterpegel	+3.68	+3.75	7	7
Bernburg	+3.42	+2.40	1	1
Calbe Oberpegel	+3.42	+2.68	1	1
Unterpegel	+3.39	+2.40	1	1

Wetterwarte Hamburg.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.
Unbestimmter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt!
24. Februar: Milde, teils sonnig, nachts kalt.
25. Februar: Wolke, teils bedeckt, Niederdruck.
26. Februar: Veränderlich, tags gelinde.

Gallischer Wetterbericht.

	22. Febr. 9 Uhr abends	23. Febr. 3 Uhr morgens
Barometer Millimeter	750.5	750.6
Thermometer Celsius	-2.9	-2.8
Thermometer °F	28.8	28.9
Wind	910 4	3
Maximum der Temperatur am 22. Februar: -1.1° C		
Minimum in der Nacht vom 22. Februar zum 23. Februar: -3.3° C		
Staubfälligkeit am 23. Februar 7 Uhr morgens: 1.5 mm		

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft, Filiale Halle a. S. | Poststrasse 12. Fernsprecher Nr 1382, 1383, 1692.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Papier, Schreibmaterialien und sonstigem Bürobedarf für das Rechnungsjahr 1916 soll unter den im Zentralbüro, Rathausstr. 11, Zimmer 77, einsehenden Bedingungen vergeben werden.

- Der Bedarf stellt sich auf etwa:
- 53.000 Bogen Briefpapier,
 - 50.000 Bogen Schreibpapier,
 - 168.000 Bogen Konzeptpapier,
 - 28.000 Bogen feinstes Papier,
 - 4.000 Bogen Kopierpapier,
 - 6.000 Bogen Aktenbettel verschiedener Farben,
 - 7.500 Bogen Visitenkarten,
 - 2.500 Stück Bunt- und Tintenstifte,
 - 600 Stück Federhalter,
 - 15.400 Stück Briefumschläge, 400 mm la, 155 mm br. (Größe II),
 - 49.900 Stück Briefumschläge, 370 mm la, 140 mm br. (Größe III),
 - 1.200 Stück Briefumschläge, 355 mm la, 125 mm br. (Größe III),
 - 123.700 Stück Briefumschläge, 195 mm la, 130 mm br. (Größe IV),
 - 26.000 Stück Briefumschläge, 180 mm la, 115 mm br. (Größe V),
 - 12.500 Stück Briefumschläge, 155 mm la, 125 mm br. (Größe VI),
- überdem Schreibmaschinenpapier, Aktenbinder, bunte Tinten, Stenogramm, Geometrie, Schreibmaschinen, und andere.
- Angebote sind unter Beifügung doppelter Proben umschuldig, spätestens bis 6. März 1916, im Zentralbüro abzugeben.
- Kuswärtige Firmen werden nicht berücksichtigt.
- Halle a. S., den 22. Februar 1916.
- Der Magistrat.

Bekanntmachung.

- Die Stadterwerbungsversammlung hat gewährt:
- als Beizlerbesitzer:
im 15. Armenbezirk auf die Dauer der Einberufung des jetzigen Vorstehers, Herrn Rentier Richard Döschel in Magdeburger Straße 48, zum Decessdienst den Rentier Herrn Nettig, Bernhardtstraße 38;
 - als Anwesenbesitzer auf die Dauer von sechs Jahren im 8. Armenbezirk an Stelle des Kaufmanns Herrn Kollowber, Steinweg 38, den Magistrats-Büroassistenten Herrn Madenroth, Vertramstraße 1, und den Mittelstuflehrer Herrn Wahrenholz, Jakobstraße 60;
 - auf die Dauer des Arztes im 31. Armenbezirk an Stelle des Oberbahnassistenten Herrn Ziehe, Freimühlstraße 14, den Oberingenieur Herrn Hugo Schleutermann, Freimühlstraße 116;
 - im 33. Armenbezirk an Stelle des Oberbahnassistenten Herrn Wölle, Ladenbergstraße 50, den Kaufmann Herrn Paul Müller, Pfännerhöhe.
- Halle a. S., den 18. Februar 1916. Die Armen-direction.

Bekanntmachung.

Die Versteigerung der verfallenen, bei dem unterzeichneten Lehman im Monat Juli, August, September 1914 verfallenen und erneuerten Pfänder, welche die Pfandnummern von 9381 bis 17972 tragen und über welche die Pfandheftung in schwarzem Druck ausgestellt sind, wird

Mittwoch, den 22. März d. J., und an den darauffolgenden Tagen im Auctionslokal des Leihhauses, An der Marktstraße Nr. 4, stattfinden und beginnt, vorausgesetzt, daß eine genügende Anzahl von Käufern anwesend ist, um 1/2 Uhr vormittags und um 1/2 Uhr nachmittags.

Es kommen Tüchlein aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, wie Ketten, Ringe, Uhren usw., ferner Betten, Leinwand und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen zum Verkauf.

Einlösungen und Erneuerungen verfallener Pfänder finden bis zum 21. März statt, worauf das beteiligte Publikum freundschaftlich aufmerksam gemacht wird.

Halle a. S., den 22. Februar 1916.

Das Lehman der Stadt Halle a. S.

Für Militär:

Sporen, Rüstungen, Steigbügel, Uniform-Knäpfe, Abzeichen, Erkennungszeichen, Prakt. Essbestecke, Prakt. Taschenmesser, Signalpfeifen.

Ferdinand Haasegger,
Metall-Fabr., Vernicklung, Barfüßerg. 9, Fernspr. 1196.
Erneuern u. Brülern von Säbeln, Helmbeschlägen usw.

Verleihen zu jedem Zweck und Höhe an Wechsel oder Schuldtiteln. Bankverehr. Gr. Klausstraße 7 11.

Offene Stellen

Mittlere **Maschinenfabrik** mit Eisenkonstruktion-Berichte in Cöln-Ehrenfeld sucht zum baldigen Eintritt für dauernde Stellung **einen militärfreien, mit dem Verband durchaus vertrauten Expedienten,**

der Anstands, selbständige Arbeiten bereits bekleidet hat und in jeder Weise gewissenhaft und zuverlässig arbeitet.

Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Photographie unter F. T. 817 durch Haasenstejn & Vogler, A.-G., Cöln, erbeten.

Kaufmann,

in allen Kontorarbeiten vertraut, raut Disposition, der die Fähigkeit besitzt, die Arbeit von ca. 12 Personen zu leiten, für dauernd mit einem Anfangsgehalt von 200 Mk. sofort gesucht.

Wiesner & Ges., Berlin S., Dresdenerstraße 50/51.

kaufm. Schreling

mit guter Auffassungsgabe aus wohlhabender Familie.

Mitteldeutsche Gesellschaft für elektrotechn. Bedarf **Bader & Co.,** Halle a. S.

Buchhalterin

mit allen Kontorarbeiten, Kassensführung und Buchwesen vertraut ist, sofort oder länger gesucht.

Geheime mit Photographie unter E. G. 8713 an Rudolf Mosse, Bräuerstraße 4.

Stellen-Gesuche

Romorkist,
19 Jahre alt, militärfrei, gute Zeugnis, sucht sofort Stellung. Off. u. L. 2737 an die Exped. d. Zig. erb.

Für 18jährige Beamtenkinder wird Stelle zur Erlernung der Küche auf größtem Gute gesucht. Gef. Angebote unter L. 7138 beifügen. An Valldandank, Berlin W 9.

Unterricht

Wer ertheilt Unterricht im Englischen?
jung. Mann, Off. erbet. u. H. 2734 a. d. Exp. d. Bl.

State Oper. Vices und Haushaltung - Unterricht von Fr. Frau Lohmann. Auch im Kriegsjahr voll Unterricht. Beste Erholung und Fröhlichkeit in herrlicher Waldlände. Preis.

Familien-Nachrichten.

Privatdozent **Dr. Curt Elze,** Oberarzt d. R., **Annemarie Elze** geb. Keil zeigen ihre Vermählung an Halle a. S., d. 23. Febr. 1916

Ihre Vermählung zeigen an

Leutnant d. R. Rubin **Elsa Rubin geb. Weber.**
z. Z. Cöln, den 22. Februar 1916.

Nach längerer Krankheit verstarb am gestrigen Tage der

Herr Friedrich Thieme.
Der Verstorbene war uns während ca. 20 Jahren ein treues Mitglied, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Halle a. d. S., den 22. Februar 1916.
Verein der städtischen Beamten zu Halle a. d. S.
Der Vorstand. **Sorger. Otto.**

Statt besonderer Anzeigel

Im vergesslichen Ringen um das teure Leben entschlief gestern vormittag 7 1/4 Uhr sanft und ruhig nach jahrelangem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenen Leiden mein herzenguts, innigstgeliebter, unvergesslicher Mann, unser guter Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann Albert Kopf

im 63. Lebensjahre.
Viel zu früh wurde er mir durch den Tod entrissen.
Halle a. d. S., Gr. Klausstr. 25, den 23. Februar 1916.
Im tiefsten Schmerz namens aller Hinterbliebenen **Tom Kopf** geb. Richter.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr von der Kapelle des Södfriedhofes aus statt.

Statt besonderer Anzeigel.

Heute mittag 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, mein guter Bruder, Schwieger, Grossvater und Onkel, der

Rentner Friedrich Gaudich

im eben vollendeten 59. Lebensjahre.
Ammendorf, den 22. Februar 1916.
Im Namen aller Hinterbliebenen **Ida Gaudich geb. Engel.**
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Technikum Hildburghausen
Hörs. Masch. und Elektrol.-Schule, Werkm.-Schule.
Staatsausucht. Dir. Prof. Zirmann.